

Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten von Bewerbern (Art. 13, Art. 14 DSGVO)

I. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und wer ist Datenschutzbeauftragter?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die

Heidelberger Kultur- und Kongressgesellschaft mbH
Heidelberg Congress Center
Goepfert-Mayer-Str. 2
69115 Heidelberg
06221 67917-0
06221 67917-99
mail@heidelberg-congress.com

Unsere Datenschutzbeauftragte der AGOR AG erreichen Sie unter:

info@agor-ag.com oder unter Tel.: +49 (0) 69 - 9494 32 410.

Die Kontaktdaten sind darüber hinaus im Internet unter www.agor-ag.com verfügbar.

II. Welche Datenkategorien nutzen wir und woher stammen diese?

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere

- Ihre Stammdaten (wie Vorname, Nachname, Namenszusätze, Geburtsdatum)
- Kontaktdaten (z.B. Ihre private Anschrift, E-Mail-Adresse, Mobil-/Telefonnummer)
- Ihr beruflicher Lebenslauf, Ausbildung, Schulbildung
- Soweit gesetzlich vorgeschrieben oder eine ausdrückliche Einwilligung vorliegt: Behinderungen und gesundheitsbezogene Informationen
- Informationen, die Sie uns über Freunde oder andere Personen bereitstellen, verbunden mit dem Wunsch, dass wir diese kontaktieren
- Sonstige Qualifikationen (bspw. Führerschein, Sprachkenntnisse, etc.)
- Sofern angegeben sonstige freiwillige Angaben: Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Foto, etc.
- Sonstiges: Familienstand, Familienmitglieder, Arbeitserlaubnis, Aufenthaltstitel, Führungszeugnis, etc.

Ihre personenbezogenen Daten werden in aller Regel direkt bei Ihnen im Rahmen des Bewerbungsprozesses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ihre personenbezogenen Daten auch bei anderen Stellen (insbesondere Behörden) erhoben. Daneben können wir Daten von Dritten (z. B. Stellenvermittlung) erhalten haben.

III. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze (z. B. BetrVG, ArbZG, etc.).

In erster Linie dient die Datenerhebung und -verarbeitung der Abwicklung des Bewerbungsverfahrens. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, Art. 88 DSGVO, i. V. m. § 26 Abs. 1 BDSG.

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten zudem auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. f DSGVO, um berechnete Interessen von uns oder von Dritten (z. B. Behörden) zu wahren. Dies gilt insbesondere bei der Aufklärung von Straftaten (Rechtsgrundlage § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG) oder im Konzern zu Zwecken der Konzernsteuerung, der internen Kommunikation und sonstiger Verwaltungszwecke, sowie zu statistischen Zwecken.

Die unternehmensweite Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Bewerber ist zudem aus Kostenspargründen, zur Vereinfachung und Beschleunigung interner Prozesse, zur Vermeidung von Fehlern und im Sinne der Datensparsamkeit und Datenminimierung notwendig.

Soweit erforderlich holen wir Ihre jederzeit für die Zukunft widerrufbare Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO zur Verarbeitung Ihrer Daten in folgenden Fällen ein: Längere Speicherdauer der Bewerbungsunterlagen / Bewerberpool.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie zuvor darüber informieren.

IV. Wer erhält Ihre Daten?

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur die Personen und Stellen (z. B. Personalabteilung, Geschäftsführung, Abteilungsleiter) Ihre personenbezogenen Daten, die für die Abwicklung des Bewerbungsverfahrens zuständig und Entscheidungsträger über den Bewerbungsausgang sind.

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger außerhalb des Unternehmens übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber erforderlich Behörden (z. B. Ausländerbehörde, Bundesagentur für Arbeit, Gerichte)

- Bank des Bewerbers für den Fall, dass z.B. Reisekosten erstattet werden
- Dienstleister für das Terrorlistenscreening
- Rechtsanwälte
- Ehemalige Arbeitgeber bei Vorliegen einer entsprechenden Einwilligung

- Externe Berater

V. Welche Rechte können Sie als Betroffener geltend machen?

Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung haben Sie als Betroffener folgende Rechte:

1. Auskunftsrecht

Sie haben das Recht, von uns als Verantwortliche die Information zu erhalten, ob und welche personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden sowie weitere Informationen gemäß den gesetzlichen Vorgaben nach Art. 13, 14 DSGVO.

Ihren Auskunftsanspruch könnten Sie geltend machen unter:

datenschutz@heidelberg-congress.com

2. Recht auf Berichtigung

Sollten die von uns verarbeiteten und Sie betreffenden personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sein, haben Sie uns gegenüber ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung. Die Berichtigung wird unverzüglich vorgenommen.

3. Recht auf Einschränkung

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (Art. 18 DSGVO).

4. Recht auf Löschung

Bei Vorliegen der in Art. 17 DSGVO dargestellten Gründe können Sie verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden.

Wir weisen darauf hin, dass das Recht auf Löschung nicht besteht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist für eine der in Art. 17 Abs. 3 genannten Ausnahmetatbestände.

5. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung geltend gemacht, sind wir verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ferner steht Ihnen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben nach der DSGVO ferner das Recht, die uns bereitgestellten, Sie betreffenden personenbezogenen Daten, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu fordern.

7. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Ihnen steht das Recht zu, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Wir weisen darauf hin, dass durch den Widerruf der Einwilligung die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt wird.

VI. Widerspruchsrecht

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, widersprechen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

VII. Wo können Sie sich beschweren?

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an datenschutz@heidelberg-congress.com oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden.

VIII. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Unternehmen in Deutschland unterliegen zahlreichen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, insbesondere aus der Abgabenordnung (AO) und dem Handelsgesetzbuch (HGB). Diese Gesetze sehen Speicherfristen z.B. für Rechnungen, Angebote oder andere vertragsrelevante Unterlagen für bis zu zehn Jahren vor. Für die gegenständliche Auskunftsanfrage besteht eine Speicherfrist von bis zu drei Jahren. Eine Löschung aller Ihrer Daten kann nach Art. 17 Abs. 3 DSGVO bis zum Ablauf der jeweiligen Fristen nicht erfolgen. In dieser Zeit erfolgt jedoch keine aktive Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

Schließen wir einen Anstellungsvertrag mit einem Bewerber, werden die übermittelten Daten zum Zwecke der Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gespeichert.

Wird kein Anstellungsvertrag mit dem Bewerber geschlossen, so werden die Bewerbungsunterlagen spätestens 6 Monate nach Bekanntgabe der Absageentscheidung gelöscht, sofern einer Löschung keine sonstigen berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen entgegenstehen. Sonstiges berechtigtes Interesse in diesem Sinne ist beispielsweise eine Beweispflicht in einem Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Wird die Einwilligung zur längeren Speicherung, Aufnahme in das Bewerbertool und/oder zur Datenweitergabe in der Unternehmensgruppe erteilt, erfolgt eine Löschung erst nach Ablauf dieses Zeitraums, es sei denn, der Bewerber erteilt uns erneut eine Einwilligung zu den vorgenannten Sachverhalten.

IX. Werden Ihre Daten in ein Drittland übermittelt?

Es findet keine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in ein Drittland statt.

X. Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind.

XI. Inwieweit finden automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling statt?

Es findet keine automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling statt.